

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal. Grundsatzblätter zum Berliner Tageblatt: Jeden Montag "Zeitungs-Blatt", jeden Donnerstag und Sonntag "Berliner Tageblatt", jeden Freitag das "Wirtschaftliche Blatt", jeden Samstag "Haus und Garten".



Bezugs- und Anzeigen-Preis. Durch die Post bezogen, vierteljährlich 6 M., halbjährlich 12 M., jährlich 24 M. ... Druck und Verlag von Rudolf Rössle in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 53

39. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Sonntag 30. Januar 1910

Dieser die illustrierte Halbwochen-Chronik "Der Welt-Spiegel" Nr. 9.

Politische Wochenschau.

Von Paul Michaelis.

Der Geburtstag des Kaisers hat nach herkömmlicher Sitte eine Reihe von mehr oder weniger bedeutenden Auszeichnungen im Gefolge gehabt, die freilich fast ausschließlich höfische und militärische Kreise betrafen. In diesen entbehrt man mindestens die Verehrung des schwarzen Adlerordens an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg nicht eines politischen Beleggedächtnisses.

Der Auszeichnung Herr v. Bethmann-Hollwegs ging eine sehr merkwürdige offizielle Erklärung in der "Königlichen Zeitung" über die Stellung des Reichskanzlers zum Kaiser und zu der öffentlichen Meinung voraus. Darin wurde bestritten, daß Herr v. Bethmann-Hollweg dem Kaiser langweilig zu werden beginne; noch in letzter Zeit habe er die langweiligsten Beweise des fälschlichen Vertrauens erhalten, und wenn es politische Kreise gebe, die Herrn v. Bethmann-Hollweg stützen wollen, so müßten sie sich mit ihren Wünschen etwas gebenden. Ueberhaupt aber schwebe bei uns die Gefahr, zur Aufgabe seiner Stellung veranlaßt zu werden, in den ersten zwei Jahren nicht über einen Minister. Schon deshalb sei das Geschick eiligen Ministerwürdens zurzeit sehr aussichtslos.

Wenn diese Erklärung wirklich vom Reichskanzler selbst ausging, so zeugt sie zum mindesten nicht von einer besonders hohen Selbsteinschätzung. Denn sie befragt doch nur, daß sich Herr v. Bethmann-Hollweg allein auf die preußisch-deutsche Lieberlieferung verläßt, die nun einmal die Schonzeit eines Ministers auf zwei Jahre festgelegt hat. Man wird auch zugeben können, daß die Wahrscheinlichkeit für diese zweijährige Frist spricht. Denn bis in den Herbst 1911 hinein wird sich wohl der jetzige Reichstag zusammenhalten lassen, und so lange kann deshalb auch die Herrschaft des fünften Reichskanzlers dauern. Mit den Neuwahlen dürfte es dann aus sein, bevor sich denn wenn es in der bisherigen Weise weiter geht. Aber für das deutsche Volk ist es doch einigermaßen verhängnisvoll, sich sagen zu müssen, daß ein verantwortlicher Staatsmann einfach deshalb zwei Jahre an seinem Amte bleiben soll, weil es des Landes so der Brauch ist.

Überdies setzte sich der Reichskanzler in dieser Auslassung auch noch mit den preußischen Konservativen auseinander, die ihm nahe gelegt hatten, sich auf das Reich zu beschränken und in Preußen einen Stellvertreter zu ernennen. Dazu wurde bemerkt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg wahrscheinlich nicht das Bedürfnis einer solchen Stellvertretung empfinden werde. Er sei keineswegs gewillt, sich nur auf Reichsangelegenheiten zu beschränken und sich aus den preußischen Staatsgeschäften bis zu einem gewissen Grade ausschalten zu lassen. Das läßt wenigstens den Schatten der Hoffnung bestehen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die preußischen Konservativen und die ihnen ergebenden Minister nicht freischalten und warten lassen, sondern die preußischen Verhältnisse unter dem Gesichtspunkt der Reichspolitik beurteilen will. Ob er dazu aber nicht bloß den Willen, sondern auch die Kraft hat, das muß sich erst noch zeigen. Die wichtigste Probe wird bei der Wahlreform gemacht werden, die ja schon im Laufe dieser Woche dem Landtage unterbreitet werden soll. Wenn sie der Öffentlichkeit vorgelegt worden ist, dann wird es an der Zeit sein, sie auf ihre Wichtigkeiten im Rahmen der Reichspolitik zu prüfen.

Schon jetzt wird sich Herr v. Bethmann-Hollweg sagen müssen, daß er das Deutsche Reich in eine Sackgasse führen würde, wenn er sich den preußischen Konservativen Stimmungen in Preußen nicht mit aller Energie entgegenstellen wollte. Wie schlimm die Lage ist, die er mit dem schwarzen Vlod auf sich genommen hat, und wie stark die Verstimnungen innerhalb des Bundesrats und mancher Bundesstaaten heute sind, dafür hat gerade der Geburtstag des Kaisers sehr bezeichnende Anzeichen gebracht. Der braunschweigische Staatsminister v. Otto hat bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten, in der er sein rückhaltloses Bedauern über die Reichsfinanzreform ausdrückte. Es war vielleicht etwas zu viel gesagt, wenn er behauptete, daß die Bundesstaaten sich dem Votum der reaktionären Mehrheit hätten fügen müssen, weil sonst das Reich bankrott geworden wäre. Die Bundesstaaten hätten es sehr wohl auf eine Auf-

lösung des Reichstages antommen lassen können. Sie haben sich gleichfalls der Situation nicht gewachsen gezeigt. Aber sie haben doch die Empfindung, daß es damals an einer starken von Pflichtbewußtsein durchdrungenen Reichsregierung gefehlt habe. Das sind Symptome, die gerade vom Standpunkt des leitenden Staatsmannes aus die sorgfältigste Beachtung verdienen.

Die Mißstimmung der Bundesstaaten beschränkt sich aber nicht bloß auf die Reichsfinanzreform; sie tritt vielleicht noch deutlicher bei der Rückfichtslosigkeit zutage, mit welcher die preussische Regierung und der preussische Reichstag auf die Verletzung der freien Schifffahrt auf den deutschen Flüssen hindrängen. Auch diese Mißstimmung fand ja anlässlich der Geburtsstagsfeier in Karlsruhe einen starken Ausdruck. Und gerade der preussische Senat über die badienischen Klagen wegen der drohenden Schifffahrtsabgaben einen demonstrativen Ausdruck geben zu müssen. Wenn man berücksichtigt, daß der preussische Finanzminister v. Rheinbaben im Abgeordnetenhaus gedroht hatte, mit aller Energie die Schifffahrtsabgaben streng durchzuführen, dann erscheint es wie die verkehrte Welt, wenn sich ein preussischer Gesandter auch noch getränkt fühlt, weil man sich darüber beklagt, daß größere und mächtigere Bundesstaaten auf eigene Vorteile bedacht seien.

Mit solcher unangebrachten Empfindlichkeit täumt man die Schwere der Situation nicht aus dem Wege, die sich dem deutschen Einheitsgedanken aus partikularistischen Rücksichtungen und Begehrlichkeit in den Weg stellen. Hier sollte der Reichskanzler zeigen, daß er die Wahrung der Reichseinheit nicht bloß nach außen hin, sondern auch mehr in der Richtung einer fortwährenden freipolitischen Entwicklung im Innern als seine oberste Pflicht ansieht. Dann wird er sich hüten, die kriegerische Sprache des preussischen Finanzministers gut zu heißen. Dann wird er sich auch sagen müssen, daß es bei einer so wichtigen Frage wie der Verlehrsreform auf den deutschen Strömen zu keiner Vergewaltigung deutscher Bundesstaaten kommen darf.

Doch auch in Preußen selbst hat der Rückschritt mehr und mehr eine Gestalt angenommen, bei der die staatsbürgerliche Freiheit und Selbstbestimmung allmählich zu einem leeren Schein geworden ist. Die Nationalliberalen sogar müssen schon vor Vergewaltigung ihrer Anhänger klagen. Es könnte wie eine gerechte Vergeltung ausfallen, daß unmittelbar nach den Debatten über die Rattowitzer Maßregelungen, bei denen die Nationalliberalen sich auf die Regierungselite stellten und nur forderten, daß sich die Maßregelungen auf sozialdemokratische, polnische und dänische Beamte über die Kalkstellung nationalliberaler Beamter sich beschranken hätten, nun die Nationalliberalen bereits über die Kalkstellung nationalliberaler Beamter sich beschranken hätten. Denn damit werden die Schiffer und Genossen am besten mit ihren Theorien von der Scheidung in "gute" und "schlechte" Parteien ad absurdum geführt. Aber wer wie wir die Ansicht vertritt, daß ein Beamter wegen seiner politischen Betätigung überhaupt nicht diszipliniert werden darf, der wird doch an solchen Auswüchsen des bürokratischen Machtbewußtseins nicht stumm vorübergehen können.

Stellt sich somit in der inneren Politik immer deutlicher heraus, daß es mit der ewigen Nachgiebigkeit gegen die allzu schwache und haltlose Regierung nicht getan sein kann, so macht sich nicht minder die Notwendigkeit geltend, die auswärtige Politik des Deutschen Reiches etwas schärfer zu kontrollieren. Herr v. Ciemer, der frühere Kriegszwangsminister, hat als kommandierender General zum Geburtsstags des Kaisers mit Stolz auf das Wort des Kaisers hingewiesen, daß die ganze deutsche Macht hinter Oesterreich stehe. Damals hat man in Wien diese Unterstützung von deutscher Seite sehr angenehm empfunden. Heute scheint es aber, als habe man bereits jene kritische Lage vergessen. Herr v. Lehrenthal übersieht offenbar in seinem Eifer, mit Ausland eine "Extratur" zu tanzen, daß er selbst erst den Gegenstand zu Ausland ver schuldet hat. Um so mehr sollte er sich hüten, nun auf deutsche Kosten sich bei Ausland lieb und gut zu machen. Jedenfalls haben wir keinen Grund, uns zum Anhängel der österreichischen Politik machen zu lassen.

Auch die englischen Wahlen, wenn sie auch glimpflicher ausgefallen sind, als man vor acht Tagen fürchten mußte, und wenn sie auch dem liberalen Kabinett noch einen gewissen Spielraum lassen, können sie doch nicht ohne einige Besorgnisse betrachtet werden. Die englische Tarifreform steht vielleicht noch in weiterm Felde. Aber die Abneigung des englischen Volkes gegen das Deutsche Reich ist doch zu deutlich in der Gefühlsregung getreten, als daß man sie völlig ignorieren könnte. Nur sollten wir uns hüten, alles Heil allein in einem Ausbau unserer Flotte zu suchen. Worauf es ankommt, das ist vielmehr, in dem Versuch nicht zu erlahmen, mit England zu einer friedlichen und freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, damit wir wenigstens sagen können, daß von unserer Seite alles geschehen sei, um einen Konflikt mit England zu verhüten. Auch in dieser Richtung der Reichsregierung den Rücken zu steifen, ist für die Vertreter des deutschen Volkes eine dringende Pflicht, der sie sich nicht länger entziehen sollten.

Die Verhöhnung des Reichstags.

Der Erzbischof des Herrn v. Odenburg. — Junferfreude. — Der harmlose Vizepräsident.

„Nehmen Sie gehen Mann und schließen Sie den Reichstag!“ So muß der deutsche Kaiser und König von Preußen einem beliebigen Reutnant sagen können, wenn die Aufstellung von „preussischer Tradition“ richtig ist, die Herr v. Odenburg auf Januschaus, Rittergutsbesitzer, Kammerherr und Rittermeister a. D., unter dem demonstrativen Beifall seiner Freunde gestern im Deutschen Reichstage vortrug. Man muß die gestrige Sitzung im Reichstag miterlebt haben, um sich ein Bild von der maßlosen Aufregung und Empörung machen zu können, die diesem schreiblichen Erzbischof folgte. Es herrschte ein minutenlanges, unbeschreibliches Lärm, und dieser Lärm steigerte sich noch, als die Rechte demonstrativ Bravo's zu rufen begann. Die ganze Rinde hatte sich von den Seiten erhoben, ja die Erregung griff sogar auf die Tribünen über. Vergeblich versuchte der Vizepräsident Erbrprinz zu Hohenlohe durch fortwährendes Klären Ruhe zu schaffen. Immer neue stürmische Rufe auf die „Standall“, „Auforderung zum Bruch der Verfassung!“, „Wo bleibt der Präzident?“, „Geben Sie denn gar keine Scham?“ usw. drohten die Fortsetzung der Sitzung zu gefährden. Herr Erzbischof von den Konservativen, Herr v. Odenburg würdiger Freund, doch noch Del ins Feuer, indem er zu der Rinde hinüberrief: „Sitz denn kein Tierarzt da?“ Herr Ledebour, der den hilflosen Vizepräsidenten auf seine Pflicht aufmerksam machen wollte, erhielt einen Ordnungsruf.

Nur langsam legte sich die ungeheure Aufregung. Der folgende Redner der Abgeordnete Omann, konnte sich kaum verständlich machen, und erst die nun einsetzende Geschäftsordnungsdebatte dämmte die Erregung gewissermaßen ein. Der Abgeordnete Schrader, der geistig freimüthige Führer, war es, der zuerst der Dankbarkeit der Rinde Ausdruck gab für die Offenheit, womit Herr v. Odenburg seinen reaktionären Herz geoffenbart, und der die Verhöhnung Odenburgs als eine Verleumdung nicht nur des Reichstags, sondern auch des Kaisers und der Armee festnagelte. Der Abgeordnete Singer aber ging einen Schritt weiter: er sah in der kritischen Sitzung eine direkte Aufforderung zum Verfassungsverstoß, und er richtete an den Vizepräsidenten die bestimmte Frage, ob er die Wendung nicht gehört oder aus welchen sonstigen Gründen er den Reichstag nicht vor solchen Beschimpfungen geschützt habe. Der Erbrprinz versuchte sich zuerst damit herauszuheben, daß er erklärte, er habe die Verhöhnung des Herrn v. Odenburg nicht ernst genommen, und auch Herr v. Odenburg versuchte es jetzt so hinzustellen, daß die Disziplin nach nichts zu fragen habe, auch nicht nach der Verfassung. Kein Mensch glaubte ihm; die Abgeordneten Wasserhagen (nationalliberal), Erber (Zentrum) und Müller-Weinigen (freimüthig) protestierten nacheinander in schärfer Form gegen den Odenburgschen Erzbischof, ja Herr Wasserhagen befragte es ausdrücklich, daß die Worte des Herrn v. Odenburg durch den Beifall seiner Parteifreunde noch besonders unterstrichen worden seien.

Herr v. Odenburg verließ bald darauf den Saal, aber die Erregung wollte nicht schwinden. Der Erbrprinz zu Hohenlohe hatte seinen leichten Stand, und er mußte noch zwei Ordnungsrufe an die Abgeordneten Schache und Ledebour aussteilen, ehe er dem, etwas schlaftrunken auf der Wildfische erscheinenden Vizepräsidenten Spahn den Stuhl einräumen konnte. Gegen einen dieser Ordnungsrufe hat übrigens Herr Ledebour schriftlich protestiert; über den Protest soll am Dienstag das Haus entscheiden. Die Sitzung war im übrigen sachlich fast ohne alles Interesse. Die schwächliche Art, wie Herr v. Odenburg auf die Klagen des freimüthigen Abgeordneten Müller-Weinigen antwortet hatte, haben wir bereits im Abendblatt fixiert, ebenso den abscheulichen gegenüber den Feststellungen des Abgeordneten Schache aus der Zeit der militärischen Okkupation im Mansfelder Streifenkreis antreten mußte. Was einzelne der späteren Redner, wie der Abgeordnete Vogt, über Mandatsverleumdungen und ähnliche Dinge vorbrachten, ging in der herrschenden Erregung völlig verloren.

Ganz zum Schluß der Sitzung, gegen 5 Uhr, gab es sogar noch ein neues Intermezzo, ein Nachspiel zu der Rede des Herrn v. Odenburg. Der Januschaus hatte, wie schon erwähnt, unter anderem den verehrten Herren Bundesbrüdern ein Privatstimmen über preussische Geschichte, preussische Tradition und preussische Lieberlegenheit (natürlich nur militärisch!) halten zu sollen geglaubt. Der Abgeordnete Zubeil, sowohl der freilich meinte, daß Herr v. Odenburg müsse es nicht richtig im Oberhäufigen sein, wie auch die freimüthigen Abgeordneten Müller-Weinigen und Omannen erwiderten darin eine Unfreundlichkeit zumal gegen die sächsischen Bundesstaaten. Zwei von den Intimsten des Herrn v. Odenburg, die Abgeordneten Wogalla v. Siederstein und Reichspräsidenten für den inzwischen längst verschwundenen Jmmuschauer ein. Sie vertreten ihren Freund würdig, wenn er es selbst es zuvor gegenüber der geschäftsordnungsähnlichen Anfrage des Abgeordneten Singer getan, stellen sie sich heute auf den Standpunkt, daß alles, was die Rinde, ja was das ganze Haus außerhalb der konservativen Klippe denke, empfinde und sage, für sie — „Wichtig“ sei.

Die aufgeregte Sitzung schloß damit, daß das Gehalt des Kriegsministers bemittelt, die Resolution der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft auf Reform des Militärstrafrechts angenommen, die